

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 47 (1953)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : im Osten nichts Neues? ; Der Kampf um Indochina ; Und China? ; Die Gegenrevolution ; Der deutsche Vulkan ; Vom Reich der Mitte ; Neue Wirtschaft ; Wohlfahrtsstaat und Diktatur ; Neuer Geist ; Nachschrift

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139788>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Osten nichts Neues? Die Ereignisse auf dem großen Welttheater sind in der Berichtszeit weniger dramatisch verlaufen — bis zur Stunde wenigstens — als in den vorangegangenen Monaten. Ihre Tendenz ist aber dennoch im ganzen die gleiche geblieben wie bisher. Vor allem die Westmächte verharren steif und starr auf der Linie, die sie vor wie nach dem jüngsten Entspannungsversuch der Oststaaten verfolgt haben¹. Ihre Lösung ist immer dieselbe: «Es wird weitergerüstet!» Weitergerüstet — bis die kommunistischen Länder klein beigegeben und sich den Idealen der «freien Welt» wohl oder übel öffnen, wie die einen zu hoffen vorgeben; bis der Widerstand des Ostblocks gegen solche Selbstaufgabe und Selbstauflösung die Westmächte dazu treiben wird, im offenen «Befreiungskrieg» seine gewaltsame Zerschlagung zu versuchen, wie die andern fürchten. Wir stehen auf jeden Fall in einem Abschnitt des Kalten Krieges, der ebenso große Hoffnungen wie Gefahren in sich birgt; Grund genug, seinen Verlauf mit gespannter Wachsamkeit zu beobachten.

Das gilt zunächst von den Vorgängen in Korea, die eher enttäuschend sind. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die nach dem Austausch schwerkranker und verwundeter Gefangener aufs neue in Gang gekommen sind, drohen schon wieder in eine Sackgasse zu geraten. Der Stein des Anstoßes ist noch immer die Frage, was mit den Gefangenen geschehen soll, die — nach entsprechender Behandlung durch die Amerikaner — nicht in ihre Heimat, sei es Nordkorea, sei es China, zurückkehren zu wollen erklärt haben. Was immer die Gegenseite zur Überwindung dieses Hindernisses vorgeslagen hat, ist bisher vom amerikanischen Verhandlungsführer fast stets als «unvernünftig» und «unkonstruktiv» abgelehnt worden. Das herrische Auftreten dieses Generals, der — wie so ziemlich die ganze obere Führung im amerikanischen Hauptquartier — der MacArthur-Schule nahesteht und zweifellos auch stärkstem Druck von südkoreanischer Seite ausgesetzt ist, erweckt immer wieder den fatalen Eindruck, daß man auf amerikanischer Seite weder für den Waffenstillstand noch für den Frieden, der ihm folgen müßte, einen Kompromiß will, sondern einfach die Unterwerfung der kommunistischen Staaten unter die USA-Politik im Fernen Osten erstrebt — die Pax Americana, den amerikanischen «Frieden», oder wie anders soll man sich die amerikanische Reaktion auf die jüngsten nordkoreanischen und chinesischen Vorschläge erklären? Diese Vorschläge waren sicher nicht unvernünftig und bewiesen jedenfalls ein Entgegenkommen der Nordkoreaner und Chinesen, die nicht mehr auf der Verbringung der «heim-

¹ Siehe die Nachschrift.

kehrwilligen» Gefangenen in ein neutrales Land beharrten, sondern nur noch die Übergabe in die Obhut einer Fünf-Länder-Kommission wünschten, damit ihre Heimatstaaten Gelegenheit bekämen, sie im Sinn einer Rückkehr in ihr Ursprungsland zu bearbeiten — als Gegengewicht gegen die Bearbeitung im entgegengesetzten Sinn, der sie in den amerikanischen Lagern unterworfen worden waren. Die Amerikaner trieben diesem Plan gegenüber nicht nur Obstruktion, indem sie immer neue Einzelfragen über die praktische Verwirklichung des kommunistischen Vorschlags auftischten und so seine Undurchführbarkeit beweisen wollten; sie rückten auch mit einem Gegenvorschlag auf, der die Frist für die Bearbeitung der nicht heimkehrwilligen chinesischen Gefangenen von vier auf zwei Monate verkürzen wollte (worüber sich reden ließe), aber alle nordkoreanischen Gefangenen sofort freizulassen empfahl — was die Nordkoreaner nicht annehmen konnten, da dann die jetzt in Südkorea befindlichen nordkoreanischen Gefangenen, die nicht nach Hause zu gehen wünschen, unfehlbar in die südkoreanische Armee gesteckt würden. Die Amerikaner wissen das natürlich genau; wenn sie trotzdem einen solchen Vorschlag machten, so offenkundig in der Absicht, die Waffenstillstandsverhandlungen neuerdings zu sabotieren und ihr Pulver für die Wiederaufnahme — und womöglich Ausweitung und Verschärfung — des Krieges trocken zu halten. Dazu würden ausgezeichnet Dinge passen wie die schamlose öffentliche Aussetzung einer hohen Belohnung, die das amerikanische Kommando gegnerischen Fliegern für die Überbringung eines unversehrten Flugzeuges von dem berühmten russischen MIG-Typus versprochen hat. Aber gibt man sich in Washington wirklich keine Rechenschaft darüber, daß mit solchen Verhandlungs- und Propagandamethoden — bald die Peitsche, bald ein Zuckerbrot — auf die Länge nicht weiterzukommen ist und nur ein ehrlicher, ungebrochener Friedenswille über die ihm entgegenwirgenden Kräfte Herr werden kann? Hoffentlich sind die Nordkoreaner und Chinesen gescheiter als die Amerikaner und sind bereit, Opfer zu bringen, um wenigstens einmal ein Ende der Feindseligkeiten herbeizuführen. Es wäre auf weitere Sicht gewiß nicht zu ihrem Nachteil.

Der Kampf um Indochina In Korea darf dann freilich nicht bloß darum Ende Feuer erklärt werden, damit der Krieg nachher um so heftiger in Indochina geführt werden kann. Denn offenbar bestehen in den Vereinigen Staaten starke Neigungen, aus Indochina ein zweites Korea zu machen. Mit wachsendem Nachdruck wird jetzt dort von höchster amtlicher Stelle aus erklärt, der Krieg in Indochina sei mit demjenigen in Korea innerlich eng verbunden, und Amerika, das schon bisher den Franzosen annähernd einen Drittelpartei ihrer Kriegskosten in Vietnam bezahlt hat, schickt sich auch bereits an, seine

Hilfeleistung, vor allem durch Material- und Waffenlieferungen, noch beträchtlich weiter zu verstärken².

Man bedenke, was das heißt. Es ist nichts anderes als das amerikanische Eingeständnis, daß auch das als «Kollektivaktion zur Bestrafung eines Friedensbrechers» aufgezogene Eingreifen in Korea nichts anderes darstellte als den Versuch, die nationale und soziale Revolution der asiatischen Völker unter einem billigen Vorwand an dieser kritischen Stelle gewaltsam niederzuschlagen, so wie das in Indochina von Anfang an ganz unzweideutig unternommen wurde. Indem sich Amerika jetzt immer offener und mit immer größeren Leistungen an die Seite der herrschenden Klasse Frankreichs stellt, um die Freiheitsbewegung des indochinesischen Volkes zu ersticken, bekundet es selber vor aller Welt, was mit dem Schlagwort von der Abwehr des kommunistischen Eroberungsdranges durch die «freien Nationen» tatsächlich gemeint ist: die kapitalistisch-reaktionäre Gegenrevolution im internationalen Maßstab.

Denn daß das offizielle Frankreich in Indochina einen regelrechten Kolonialkrieg zur Erhaltung seiner Herrschafts- und Ausbeutungsstellungen führt, wird im Ernst nicht bestritten werden können. Die «Unabhängigkeit» der drei Länder Vietnam, Laos und Kambodscha im Rahmen einer französischen Reichsgemeinschaft, die Frankreich großmütig zugestanden haben will, ist wirklich nur Schein; in Wahrheit beherrscht Frankreich — so weit eben seine Machtmittel reichen — Indochina in neuen Formen mit den alten Methoden. Unabhängig geworden ist bis jetzt einzig das vom Vietminh beherrschte Gebiet, in dem die Bauern Land bekommen haben, ihre Kinder in die Schule schicken können und die Vorteile umfassender Reformen verschiedenster Art — besonders in bezug auf Volksbildung, Gesundheitspflege und Ackerbau — genießen. Schon gleich nach dem Ende der japanischen Besetzung hatte sich eine

² Neuerdings haben die Vereinigten Staaten an Frankreich auch eine namhafte Geldunterstützung — etwa 250 Millionen Schweizer Franken — als «Spezialhilfe» für Indochina ausgerichtet. Freilich war damit die Bedingung verknüpft, daß der seit Monaten andauernde Skandal der Devisenschiebungen zwischen Indochina und Frankreich einigermaßen abgestellt würde. Die durch eine künstliche Differenz zwischen dem französischen Franc und dem indochinesischen Piaster ermöglichten Zwischen gewinne hatten in der Tat eine Korruption ermöglicht, die die ganze französische Militär- und Zivilverwaltung in Indochina zerfraß und eine besonders anstößige Form der Bereicherung darstellte, die Frankreichs Kolonialherrschaft einer nicht ganz kleinen Schicht von Profiteuren im Mutterland erlaubt.

Auch die neue amerikanische Extrasubvention vermag freilich Frankreich nicht aus der hoffnungslosen Lage zu befreien, in die es sich mit seinem indochinesischen Krieg selbst hineinmanövriert hat. Der Aderlaß am französischen Volk geht unvermindert weiter; zu den 16 Milliarden Schweizer Franken, die dieses Abenteuer bisher gekostet hat, werden neue Milliarden kommen, den 30 000 Kriegstoten werden neue Tausende Gefallener folgen — das französische Offizierskorps opfert über die Hälfte seines jährlichen Nachwuchses in Indochina! —, und gleichzeitig verfällt Frankreich in eine immer beschämendere Abhängigkeit von Amerika, das den Krieg in Indochina schon beinahe als seinen eigenen betrachtet, — nur daß es selbstverständlich nicht seine eigenen «Boys» auf die Schlachtkanze zu schicken bereit ist . . . (16. Mai.)

Republik Vietnam gebildet mit Ho Chi-minh als Präsidenten, der so tatsächlich an die Stelle des abgedankten Kaisers Bao Dai trat. Erst die anfangs mindestens zweideutige Haltung Frankreichs und dann die offene Bildung einer vietnamesischen Gegenregierung, der die Rückberufung Bao Dais folgte, führte zum Ausbruch der sich nun seit über fünf Jahren hinziehenden erbitterten Feindseligkeiten, die vom Vietminh als revolutionärer Befreiungskrieg, von Frankreich als gegenrevolutionärer Kolonialkrieg unterhalten werden.

Ja, die Freiheitsbewegung des indochinesischen Volkes hat nun auch auf das Land Laos übergegriffen, in das die Vietminh-Truppen eingedrungen sind, ohne von seiten der Bevölkerung Widerstand zu finden. In Laos ist im Gegenteil schon seit 1945 eine volkstümliche Widerstandsbewegung gegen Frankreich im Gang, die sich unter der Führung des Fürsten Suphanuwong als Nationalregierung konstituiert hat, mehr als ein Drittel des Landes beherrscht und nun auch die Nationalversammlung auf ihrer Seite hat. Dagegen wird alle französische Abwehr nicht aufkommen, auch wenn sie noch so umfassend von Amerika unterstützt wird. Und ähnlich «droht» es auch in Kambodscha zu gehen; sein König hat erst vor wenigen Wochen in Neuyork, wo er sich aufhielt, gesagt, in Indochina wolle eben niemand «für Frankreich sterben», das seine Kolonialherrschaft um jeden Preis festzuhalten entschlossen scheine, und die Zeit ist sicher nicht fern, da sich die Vereinigten Staaten auch Kambodscha gegenüber vor die Frage gestellt sehen werden, ob sie mit militärischer Macht gegen den «kommunistischen Umsturz» einschreiten und die «freie Welt» an dieser neuen Front ebenso hochgesinnt «verteidigen» wollen, wie sie es, immer noch durch die UNO gedeckt, in Korea tun.

Und China? Daß die Verbündeten und Satelliten Amerikas nicht mehr so bedenkenlos wie früher die asiatische Politik der Vereinigten Staaten mitmachen, lehrt immerhin — neben anderem — die Annahme einer Resolution durch die Generalversammlung der UNO, die, wenn auch in schonendster Form, den Abzug der 12 000 Mann «nationalchinesischer» Truppen aus Burma fordert, wo sie mit inoffizieller Unterstützung durch Amerika eine Operationsbasis zum Kampf gegen den Kommunismus schaffen sollten. Die Hauptprobe auf die Haltung der Mitläufer Amerikas wird aber mit China gemacht werden.

In den Vereinigten Staaten ist — doppelt seit der Machtübernahme durch Eisenhower, Dulles und ihre Mannschaft — die Neigung groß, Chinas Entgegenkommen in der koreanischen Frage als Zeichen der Schwäche zu deuten und als Aufforderung, das kommunistische Regime in China durch gesteigerte Anwendung militärischer und wirtschaftlicher Gewalt zu stürzen. Aber das heißt nun wirklich mit dem Feuer spielen. Daß ein Tschiang Kai-schek solche Pläne wälzt, ist an sich begreiflich;

er weiß, daß er höchstens durch einen amerikanischen Krieg gegen die Chinesische Volksrepublik wieder zur Herrschaft über «sein» Land kommen könnte, und treibt konsequent auf dieses Ziel hin, selbst wenn es einen dritten Weltkrieg kosten sollte. Daß man aber auch in Washington — und im UNO-Hauptquartier in Tokio — dem Gedanken einer Zerschmetterung des Kommunismus in China durch militärische Gewalt von außen her immer noch ernstlich nachhängt, ist strafliche Verblendung. Nicht nur daß Tschiang Kai-scheks Armee nach glaubhaften Berichten der Aufgabe einer Rückeroberung Chinas nicht gewachsen wäre, auch mit amerikanischer Hilfe nicht; nicht nur daß (wie sogar eine Meldung der North American Newspaper Alliance in der amerikanischen Tagespresse vom 8. April besagt) die große Mehrheit des Volkes von Formosa selber lieber heute als morgen Tschiang los wäre. Entscheidend ist vielmehr, daß jeder Versuch, in China das alte Regime wiederaufzurichten, auf den erbittertsten Widerstand der erdrückenden Überzahl aller Chinesen stoßen müßte, auch wenn ein solcher Versuch mit den schönsten Parolen von Freiheit und Menschenrecht verklärt würde. Wie der australische Professor W. MacMahon Ball, früherer Botschafter seines Landes in Japan, in der Neuyorker «Nation» nüchtern feststellt:

«Die Volksmassen in Ostasien lassen sich nicht so leicht für eine Verteidigung der demokratischen Freiheiten gegen kommunistische Tyrannie begeistern. Sie wollen nur Brot, Obdach und Frieden. Und das ist vielleicht das Allerwichtigste: Für viele Millionen in Asien und Europa ist die Furcht vor dem Krieg stärker als die Furcht vor dem Kommunismus, während für viele Amerikaner die Furcht vor dem Kommunismus größer ist als die Furcht vor einem Krieg. Die Asiaten und Europäer haben kein Interesse für die Verheißung einer Befreiung nach dem nächsten Krieg; sie haben nur ein Interesse für die Abwendung eines Krieges.»

Und auch ein so regierungsfrommes Blatt wie die «Detroit News» läßt sich (am 14. April) aus Washington bestätigen, «daß die Völker Südostasiens die militärische Aufrüstung der Formosa-Chinesen und Japaner durch die Amerikaner nie gern gesehen haben. Die Asiaten betrachten das einfach als eine neue Form des westlichen Imperialismus, die auf die schließliche Beherrschung des ganzen Ostens durch Amerika abziele.»

Wenn das schon jetzt so ist, was würde erst die Antwort der Völker Asiens auf einen offenen Krieg der Vereinigten Staaten (oder der UNO) gegen China sein! Der Kommunismus würde in Asien vollends allbeherrschend werden, die Sowjetunion wäre über kurz oder lang zum Eingreifen gezwungen — und ein dritter Weltkrieg wäre fertige Tatssache. Wobei auch Japan auf die Seite Chinas gedrängt würde, mit dessen Wirtschaft es tausend lebenswichtige Bande ebenso eng verknüpfen wie mit seiner Kultur und Lebensform.

Je eher die verhängnisschwere Vorstellung verschwindet, die Westmächte könnten durch äußeren Druck auf China dessen inneres Regime stürzen — so wie sie früher ein paar Kanonenboote oder Bataillone ins

Reich der Mitte schickten, um die Regierung ihrem Willen gefügig zu machen oder «fremdenfeindliche» Bewegungen zu unterdrücken —, desto besser für beide Teile. Heute kann man von China nur mehr etwas erreichen, wenn man mit ihm als gleichberechtigter Großmacht verhandelt und sein neues Regime als Ausdruck einer Revolution anerkennt, die schon längst fällig war und in ihrem Sinn und Wesen Dauerbestand hat.

Das ist auch der dringende Rat, den Aneurin Bevan, von einer Ostasienreise zurückgekehrt, in der «Nation» (18. April) seinen amerikanischen Freunden gibt. «Eine unerlässliche Bedingung für die Festigung des Friedens im Fernen Osten», so schreibt er da,

«ist die unverzügliche Auflösung von Tschiang Kai-scheks Armee auf Formosa. Und Formosa selbst muß der chinesischen Regierung zurückgegeben werden, der es gehört.

... Als ich in Indien, Pakistan und Burma war, sprach ich mit einer sehr großen Zahl von Menschen aus allen Lebensgebieten. Ich traf aber nicht einen einzigen, der mit der amerikanischen Politik (gegenüber China) sympathisiert hätte ... Man sagt im Fernen Osten: „Was hat Amerika vor? Ist das Bekundung eines Kollektivfriedens oder aber Vorbereitung der Gegenrevolution?“ Ist es das letztere, dann sieht man darin im ganzen Fernen Osten nur einen neuen Versuch, den weißen Imperialismus in jedem asiatischen Land aufzurichten.»

Bevan selbst kommt zu dem Schluß: «Was wir in unserem zwanzigsten Jahrhundert lernen müssen, das ist, wie man den kollektiven Frieden in der Welt aufrechterhalten und doch die Menschen instand setzen kann, ihre Regierungsform zu ändern.»

Die Gegenrevolution Aber das ist es ja gerade: die Westmächte, voran die Vereinigten Staaten, wollen gar nicht, daß die Völker ihre Regierungsform (und Wirtschaftsverfassung) ändern, wenigstens nicht grundstürzend, radikal, revolutionär. Sie verteidigen den Status quo, die bestehende Ordnung, die sie «Demokratie» heißen, und verpönen die Schaffung einer neuen, einer sozialistischen Ordnung mit der Begründung, das sei abscheuliche Despotie. Und unsere braven, hoffnungslos verbürgerlichten Sozialdemokraten stoßen ins gleiche Horn, gleich dem alten Fritz Ebert, der schon 1918, angesichts des «drohenden» Sturzes der Monarchie, ausrief: «Ich hasse die Revolution wie die Sünde!» Bevan erinnert demgegenüber in seinem Artikel an die wohlbekannte Tatsache, die unsere westlichen «Freiheitskämpfer» beharrlich übersehen, daß der Vollzug der sozialen Revolution mit den Mitteln der Diktatur wesentlich die unvermeidliche Folge des schuldhafoten Versagens der politischen Demokratie gegenüber dem sozialen Problem ist. Wenn der Westen — so stellt er vollkommen zutreffend fest — die russische Revolution nicht von Anfang an bekämpft, sondern tatkräftig unterstützt hätte, so hätte er heute keinen Grund, sich über die bolschewistische Diktatur zu beklagen:

«Wir forderten damals — gemeint ist: ums Jahr 1918 herum — England solle Rußland Kredite geben, der russischen Revolution helfen, den Russen bei der Indu-

strialisierung helfen. In einem Punkt hatten wir Erfolg: wir hinderten Winston Churchill, die russische Revolution zu ermorden. Keinen Erfolg hatten wir mit unserem Versuch, ihn und seine Freunde zu hindern, die Revolution auszuhungern. Wir müssen immer daran denken, daß eine der Hauptursachen der meisten Fehler der Kommunisten in Rußland direkt darin liegt, daß die Russen ihre Wirtschaft aus eigenen Mitteln industrialisieren mußten, ohne Unterstützung aus dem bereits industrialisierten Westen.

Die bedeutsamste Entdeckung, die ich bei meinem Aufenthalt in Südostasien vor ein paar Wochen machte, war, daß eine rasche Wandlung von agrarischen zu modernen Lebensverhältnissen ohne Hilfe von außen Diktatur im Innern bedingt. Es ist darum vollkommener Unsinn, dem Fernen Osten Demokratie zu predigen und ihn gleichzeitig auszuhungern.»

Anerkennung der chinesischen Revolution und möglichst ungehindelter Wirtschaftsverkehr zwischen China und der übrigen Welt sei darum eine Hauptvoraussetzung für die Befriedung Ostasiens. Nur steht das eben, wie gesagt, in völligem Gegensatz zu den Zielen der kapitalistisch-imperialistisch ausgerichteten Politik der Westmächte und ihrer Mitläufer. Die amerikanische Chinapolitik insbesondere ist, wie Del Vayo in der «Nation» (4. April) schreibt, «von der Überzeugung mächtiger Gruppen in unserem Land eingegeben, daß der dritte Weltkrieg auf den Schlachtfeldern Asiens gewonnen oder verloren werden wird, und daß ohne den Sturz des kommunistischen Regimes in China der Rest des asiatischen Kontinents unfehlbar früher oder später ebenfalls kommunistisch wird.»

Die gleiche Vorstellung beherrscht die amerikanische und allgemein westmächtliche Politik gegenüber der Sowjetunion. Wenn wir nicht die jetzt unter kommunistischem Joch schmachtenden Völker Osteuropas rechtzeitig befreien — so wird gefolgert —, dann wird früher oder später ganz Europa, und mehr als Europa, kommunistisch. Daher die — soll man sagen naiven oder besser nicht ernst gemeinten?, auf jeden Fall unerfüllbaren — Forderungen Präsident Eisenhowers in seiner so viel bewunderten Rede vom 16. April, die von seinem Außenminister Dulles ein paar Tage darauf noch weiter verdeutlicht worden ist. «Ihr könnt», so sagen die Leiter der westmächtlichen Politik den Männern im Kreml, «sofort Frieden haben, wenn ihr bereit seid — und es durch die Tat beweist —, euer Militär aus den osteuropäischen Volksrepubliken, eingeschlossen Ostdeutschland, zurückzuziehen — also euer ganzes Wehrsystem abzubrechen — und die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO), die Europaarmee sowie ein geeinigtes, aufgerüstetes und dem westlichen Wehrsystem angeschlossenes Deutschland anzuerkennen. Ist das einmal sichergestellt, dann wollen auch wir uns die Abrüstung überlegen, wobei wir natürlich Sorge tragen würden, daß unsere Lebensinteressen unbedingt gewahrt bleiben.»

Die «Prawda» hat in einem langen Aufsatz, dessen höfliche, gar nicht im alten kommunistischen Jargon gehaltene Sprache allgemein auffiel,

diese Zumutungen rundweg abgelehnt³. Und wenn man in Washington, wo Eisenhower seine Kabinettsitzungen regelmäßig mit einem stillen Gebet eröffnet, wirklich der Goldenen Regel nachlebte, daß man dem andern nichts zumuten darf, was man sich selbst nicht gefallen ließe, so müßte man Verständnis dafür haben, daß die Sowjetunion weder auf ihre militärischen Machtstellungen in ihrer osteuropäischen Interessenzone verzichten will — in dieser Zone, die ihr während des Zweiten Weltkrieges die Westmächte selber zugesprochen haben! —, noch von den Freiheitsbewegungen der «zurückgebliebenen» Völker abrücken kann, in Asien so wenig wie in Osteuropa, wo ein Desinteressement der Sowjetunion unweigerlich die Wiederaufrichtung der alten, reaktionär-faschistischen Herrschaftsformen mit großzügigster Unterstützung durch Amerika und seine Verbündeten zur Folge hätte.

Aber diese Folge eines russischen Rückzugs und Desinteressements will man eben im westlichen Lager gerade, in Osteuropa wie in Asien. Und da man nicht hoffen darf, die Sowjetunion zur freiwilligen Räumung ihrer Stellungen veranlassen zu können, so fährt man konsequenterweise fort, den militärisch-machtmäßigen Druck auf sie zu verstärken. Darum hat auch die jüngste Tagung der vierzehn Nordatlantikstaaten, deren Bereich sich, der Geographie zum Trotz, bis Griechenland und zur Türkei erstreckt, beschlossen, die Kriegsrüstungen unentwegt weiterzutreiben, die Schlagkraft der bisherigen 25 stehenden und 25 Reserve-Divisionen der Europaarmee zu erhöhen und namentlich die «Bodenanlagen» — Flugplätze, Flottenstützpunkte, Hafeneinrichtungen usw. — planmäßig auszubauen. Alles mit der ausdrücklichen Begründung, die «große und ständig vermehrte Militärfakt» des Ostblocks stelle eine «dauernde Bedrohung» der «freien Welt» dar⁴... Die Vereinigten Staaten haben zwar inzwischen beschlossen, ihr Rüstungsbudget um etliche Milliarden herabzusetzen, ihre Landstreitkräfte um 200 000 Mann zu verringern und auch die Subventionen an das Ausland zu kürzen; aber es wird dabei energisch betont, daß diese Maßnahmen — die vor allem eine erste Steuerermäßigung in Amerika ermöglichen sollen — in keiner Weise die

³ Der neue Ton, den das amtliche Sprachrohr des Kremls hier anschlug, sticht besonders scharf von den Reden der Eisenhower, Dulles usw. ab, die heute erst recht laut in der alten Tonart reden. Denn wenn man so bombastisch wie sie die eigene Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion beteuert, dann darf man dieser nicht immer die gröbsten (und dazu unwahrsten) Anklagen an den Kopf werfen, unerfüllbare Forderungen an den andern stellen und selbst jedes wirkliche Entgegenkommen verweigern. Mich dünkt, solch ältestem Pharisäismus gegenüber sei eine Kundgebung wie diejenige der «Prawda» bereits eine Friedenstat, auch wenn es sich zunächst nur um die Tonart handelt, in der man miteinander redet. C'est le ton qui fait le son!

⁴ Auch die sogenannte Liberale Weltunion — die von der «Neuen Zürcher Zeitung» aufs angelegentlichste begönnt wird, womit eigentlich schon alles über ihren Charakter gesagt ist — hat an ihrer Sitzung vom 21. April in Manchester dringend die Fortsetzung der Aufrüstungspolitik des Westens verlangt und sich das Programm Eisenhower-Dulles vollumfänglich zu eigen gemacht.

Kriegsbereitschaft der Westmächte antasten und durch «überlegene Ausbildung und überlegene Waffen» (Atom- und Wasserstoffbomben, chemische, physikalische und biologische Waffen usw.) wettgemacht würden. Von einseitiger Abrüstung zu reden, wäre darum verfehlt; die Regierung Eisenhower will lediglich Amerika etwas entlasten und seine Bundesgenossen und Satelliten stärker belasten: in Asien die Südkoreaner, die bereits zwei Drittel der UNO-Truppen stellen, die «Nationalchinesen» Tschiangs und die Japaner, in Europa die Westdeutschen. Sie sollen mehr Opfer bringen, damit Amerika sein Gut und Blut mehr schonen kann ...

Der deutsche Vulkan

Darum tut Amerika auch alles, um Westdeutschland mit seinem gewaltigen Militär- und Wirtschaftspotential in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» hineinzubekommen. Der Bundestag — die Volksvertretung — der Bonner Republik hat ja auch die umstrittenen Vertragswerke bereits angenommen, und nur der Bundesrat — die Ländervertretung — macht noch Schwierigkeiten, wenigstens solange die Verfassungsmäßigkeit der Verträge vom zuständigen Gericht nicht bejaht sei. (Diese Anklammerung an die rechtliche Form hat schon einmal, bei Hitlers Aufstieg, den Widerstand gegen die Sache verhängnisvoll gelähmt; soll es nun wieder so kommen? Wenn man den Deutschen nur einen Paragraphen anführen kann, so gehorchen sie ja der Obrigkeit immer freudig!) Mit amerikanischer Nachhilfe wird es aber schon gehen⁵. Denn Washington und Bonn, Eisenhower und Adenauer, sind über die Art und Weise, wie mit dem Kommunismus aufgeräumt werden soll, grundsätzlich schon längst einig. Adenauer hatte es darum auch kaum nötig, bei seiner Amerikareise die Regierenden noch besonders vor einem Eingehen auf die russischen Entspannungsbemühungen zu warnen. Er ist der rückhaltlosen Unterstützung seiner eigenen «Befreiungspolitik» gegenüber dem Osten durch die Vereinigten Staaten von vornherein sicher. Und so konnte er denn auch — besonders in seinen Hamburger Reden, gleich nach der Rückkehr aus Amerika — begeistert verkünden, «Deutschland stehe jetzt im Mittelpunkt des Weltgeschehens; die Sternstunden der Menschheit träten nur einmal ein. (Vgl. «NZZ» Nr. 917.) Dem «Spuk von der

⁵ In der westdeutschen Presse las man unlängst folgende DPA-Meldung: «Der „Kommunistenjäger“ Senator McCarthy hat sich in einem Schreiben an Außenminister Dulles gegen Subventionen an deutsche Zeitungen ausgesprochen, die kritisch zur amerikanischen Regierungspolitik Stellung nehmen.» Als ob die Subventionierung der anderen westdeutschen Zeitungen — der absolut unkritischen also — nicht schon skandalös genug wäre! — Inzwischen hat auch der westdeutsche Bundesrat die beiden Verträge gutgeheißen, nach einem höchst widerlichen Intrigenspiel — darin ist ja Adenauer Meister —, das mit einem Kuhhandel zwischen dem Bundeskanzler und dem württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Maier geendet hat. Alles im Dienste der höchsten Menschheitsideale! (16. Mai.)

Neutralisierung Deutschlands» sei ein für allemal ein Ende gesetzt worden; Ostdeutschland müsse an ein militärisch gerüstetes, mit der freien Welt verbundenes Westdeutschland angeschlossen werden, und die Oder-Neiße-Grenze müsse auch einmal fallen — natürlich durch «friedliche Verständigung mit Polen», wie er sich, ohne Augenzwinkern, beizufügen beeilte. Sein Spezialminister «für gesamtdeutsche Fragen», Jakob Kaiser, meldete den deutschen Anspruch auf die verlorenen Ostprovinzen noch deutlicher an.

Nur glaubt in Deutschland kaum ein halbwegs realistisch denkender Mensch wirklich daran, daß diese Begehren — wenn überhaupt — ohne Krieg oder Kriegsdrohung erfüllt werden könnten. Auch in pazifistischen Kreisen nicht. «Es ist naiv und unrealistisch», so schrieb in ihrer Aprilnummer die Hamburger «Friedensrundschau», «zu glauben, daß Rußland die Deutsche Demokratische Republik einer feindlich gesinnten Bundesrepublik abtreten wird, um dadurch das feindliche Lager zu verstärken.» Eine bedingungslose Räumung Ostdeutschlands durch die Sowjetunion mit nachfolgenden gesamtdeutschen Wahlen, die selbstverständlich eine überwältigende westlich orientierte Mehrheit ergäben, kommt daher, wie wir schon wiederholt dargetan haben, für die russische Politik nicht in Frage; zuerst muß die unbedingte Neutralität Deutschlands auch gegenüber dem Westen gesichert sein.

Auf die Gegner der Politik Adenauers kommt es freilich — auch hier muß man völlig nüchtern urteilen — längst nicht mehr an. Auch auf die Sozialdemokraten nicht, deren Opposition nur taktischer und formalistischer Art und keineswegs grundsätzlich gegen die Eingliederung Deutschlands in die Westfront gerichtet ist. Man kann deshalb nur mit Sorge lesen, was der englische Labourabgeordnete Crossman nach einem Besuch in Westdeutschland im «New Statesman» (18. April) über die dortige Lage schreibt. Er stellt zunächst fest, daß die kapitalistische Restauration in der Deutschen Bundesrepublik erstaunlich weit vorgeschritten ist — bei gleichzeitiger Verelendung «eines großen Ausschnittes der Bevölkerung» —, und daß im Gefolge davon auch die nationalistische Bewegung immer mehr erstarkt. Man läßt allerdings auch in den rechtssradikalen Kreisen Adenauer vorderhand gewähren:

«Weil demokratisches Gebaren eben noch nötig ist, um die Amerikaner bei Stimmung zu erhalten und die Dollar zu bekommen, ist Adenauer der Mann der Stunde, genau wie Stresemann in den zwanziger Jahren der Mann der Stunde war. Wenn aber einmal die Macht Deutschlands wieder aufgerichtet und die zwölf Divisionen aufgestellt sind, wird dieses demokratische Gebaren überflüssig werden. Dann wird das Regime Adenauer einem erheblich schärferen Platz machen.»

Dann fährt Crossman fort:

«Das einzige, was dieses zweite Stadium der ‚Restauration‘ vereiteln oder mindestens unterbrechen könnte, wäre der Ausbruch des Friedens... Ohne den Kalten Krieg wären die Regierung in Bonn und die Industriellen in Düsseldorf sehr bös dran. Das wissen sie auch und haben darum den erforderlichen Schluß gezogen: Der Kalte Krieg darf nicht auftauen.

... Die Mindestforderung der Bonner Regierung ist der bedingungslose Rückzug der Russen aus Ostdeutschland; und bereits gibt sie zu verstehen, daß die nächste Forderung, falls die Russen so verrückt wären, die erste zu erfüllen, die Rückgabe derjenigen Teile von Preußen und Schlesien wäre, die jetzt Polen einverleibt sind.

... Das Bezeichnende ist, daß er (Adenauer) sich jetzt stark genug fühlt, um so aufzutreten — eine Entspannung zu verbieten, auch wenn England und Frankreich eine solche wünschten ... Die Deutschen haben ein materielles Interesse am Kalten Krieg, und je größer ihre industrielle und militärische Stärke wird, desto größer werden auch ihr nationaler Ehrgeiz und ihre Verhandlungsstellung. Sie sind überzeugt, daß die Wiederaufrüstung — wenn nur eine friedliche Regelung verhindert werden könnte — in Bälde eine Lage schaffen werde, die die Russen zum Rückzug zwinge, und zwar nicht nur aus der Ostzone, sondern auch aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Sei einmal die Bundesrepublik wieder aufgerüstet, so würden sie — darauf bauen sie fest — mit Hilfe von Dulles die schlitternden Franzosen und Engländer schon zwingen, eine wirkliche Befreiungspolitik anzunehmen.»

Was Crossman hier sagt, entspricht genau unserer eigenen, hier oft genug vertretenen Auffassung. Wer von der deutschen «Volksseele» etwas weiß, der macht sich über diese Dinge wirklich keine Illusionen. Er fragt sich nur immer wieder, was eigentlich noch geschehen muß, bis die Umwelt des deutschen Vulkans aus ihrem Halbschlummer aufwacht. Auch die Schweiz, deren öffentliche Meinung ja gegen die deutsche Aufrüstung nicht viel einzuwenden hat, wenn sie nicht noch direkt dazu treibt! Es geht ja gegen den Kommunismus!

Gewiß, der neue Ausbruch des deutschen Dranges nach Osten braucht nicht morgen und nicht übermorgen zu erfolgen. «Aber», so fragen wir mit Crossman, «was wird 1956 sein, wenn ein arrogant nationalistisches Deutschland die Hauptmacht der Landstreitkräfte des Westens und eine mächtige Rüstungsindustrie in der Hand hat?»

Vom Reich der Mitte Die Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß wir zu Beginn unserer Rundschau China und Ostasien überhaupt in den Vordergrund rücken mußten. China tritt in der Tat mehr und mehr ins volle Rampenlicht der zeitgenössischen Geschichte, und die Stellung zu ihm kann auch für die westliche Welt entscheidende, lebenswichtige Bedeutung gewinnen. Aber auch über die politische Aktualität hinaus gewinnt das alte «Reich der Mitte» immer mehr an Schwergewicht innerhalb der Völkergemeinschaft. Josué de Castro sagt nicht ohne Grund in seinem Buch «Geographie des Hungers», das hier schon früher zitiert wurde:

«Nie zuvor ist die Welt derart von den Geschehnissen in China abhängig gewesen. Wenn diese riesenhafte Gemeinschaft menschlicher Wesen einen Weg findet, um ihren Weiterbestand zu sichern und ihr Lebensniveau zu heben, dann wird der Druck auf die Weltwirtschaft für eine lange Zukunft nachlassen. Geht aber China in einer Katastrophe von Elend und Zerstörung unter, so ist es wohl möglich, daß es die ganze übrige Welt mit sich zieht.»

Sehen wir uns also, an Hand einiger zuverlässiger Quellen, dieses China noch etwas genauer an. Zunächst das alte, vorrevolutionäre

China. Seine Wirtschaft und Lebensform waren vor allem durch eine verhältnismäßige Knappheit des anbaufähigen Bodens gekennzeichnet. Große Gebiete waren — und sind immer noch — zu kalt oder zu trocken, zu bergig oder zu unfruchtbar, so daß bis vor kurzem nur 10 bis 15 Prozent der Gesamtbodenfläche angebaut waren. Die Vereinigten Staaten haben vergleichsweise bei rund 150 Millionen Einwohnern 365 Millionen Jucharten Ackerland zur Verfügung, China nur 217 Millionen Jucharten für eine mehr als dreimal so große Bevölkerung (etwa 500 Millionen). Dieses Mißverhältnis hatte zwei schwerwiegende Folgen: Übervölkerung gewisser Landesteile und ungeheure, ganz unwirtschaftliche Zersplitterung des Bodenbesitzes. Das zweite Übel wurde dadurch noch besonders verschärft, daß weite Strecken anbaufähigen Landes in den Händen einer habgierigen, unfähigen Schicht von Mittel- und Großgrundbesitzern waren. In den mittelsüdlichen Provinzen besaßen zum Beispiel drei Prozent Grundherren volle 45 Prozent des kulturfähigen Bodens.

Die Übervölkerung war — und ist — am fürchterlichsten in den großen Zentren des Ostens und Südostens, die eigentliche «menschliche Ameisenhaufen» geworden sind. Neuyork mit seinen sieben Millionen Einwohnern, so sagte jemand, scheine fast verödet im Vergleich zu Schanghai, das nur drei Millionen Menschen beherbergt. Die Ursache solcher gräßlicher Überfüllung ist, daß China bisher der Masse seiner Bevölkerung auf dem Land keine Existenzmöglichkeit bot und sie entweder zum Verhungern oder zur Abwanderung nach den Städten zwang. Es fehlte in einer wahrhaft verheerenden Weise an Beschäftigungs- und Lebensmöglichkeiten für den Großteil der Landeskinder. Chronische Unterernährung, sowohl was die Menge als was besonders die Zusammensetzung der Nahrung betrifft, war unter diesen Umständen selbstverständlich. Die regelmäßig auftretenden Hungersnöte rafften die längst körperlich geschwächten Menschen jeweilen zu Hundertausenden, ja Millionen weg. Und die körperliche Dauerschwäche hielt ihrerseits die Leistungsfähigkeit des Volkes und seine wirtschaftliche Produktionskraft auf einem ganz außerordentlich niedrigen Stand. China wurde ein ausgesprochen «rückständiges» Land, dessen Bevölkerung körperlich und geistig verkümmerte. Dazu kam dann noch seit etwa hundert Jahren die Ausbeutung des Volkes durch den westlichen Kapitalismus und Imperialismus, der jeden Versuch Chinas, zu einem menschlichen, freien und würdigen Leben aufzusteigen, meist schon im Keim erstickte.

Professor de Castro betont darum mit Nachdruck, daß nicht die große Volkszahl Chinas an und für sich die Ursache seiner Not sei, sondern eine falsche Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft:

«Die 500 Millionen Chinesen könnten ein unbedingt hungerfreies Leben haben, wenn sie körperlich arbeitsfähig wären, wenn ihre Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse ihnen die Ausnutzung der geographischen Möglichkeiten ihres Landes erlaubten... Die Chinesen hungern nicht, weil zu viele Menschen da sind, sondern weil es zuwenig Produktion gibt.»

Neue Wirtschaft

Mehr Produktionsmöglichkeiten zu schaffen, die Wirtschaftskräfte zu vermehren, die materiellen Grundlagen für ein gedeihliches Volksleben aufzubauen — das war und ist deshalb das erste große Ziel des neuen, des revolutionären Chinas. Es ist wirklich eine kindische Geschichtsbetrachtung, wenn im Westen und besonders in Amerika die chinesische Revolution als das Werk des russischen Bolschewismus und als Beweis für den unersättlichen, heute sozialistisch getarnten Ausdehnungs- und Eroberungswillen des «russischen Imperialismus» angesehen wird. Schon der Umstand, daß — nach einem kurzen Zwischenspiel — die Sowjetunion für lange Jahre von der chinesischen Revolutionsbewegung abrückte, mit Tschiang Kai-schek zusammenarbeitete und den chinesischen Kommunisten eine Verständigung mit Tschiang sowie die Auflösung ihrer Armee anriet, schon diese Tatsache sollte all die plumpen Versuche, den Umsturz in China mit dem «Imperialismus des Kremls» zu erklären, ein für allemal erledigen⁶. Die wahren Ursachen der chinesischen Revolution liegen in den vorhin umrissenen sozialen Mißständen, und die Revolution blieb siegreich nicht dank russischer Hilfe, sondern trotz dem Ausbleiben jeglicher russischen Hilfe. Um noch einmal de Castro anzuführen:

«Die kommunistische Revolution siegt in China, obwohl Tschiang Kai-schek in den Vereinigten Staaten einen mächtigen Verbündeten besitzt. Die Anhänger Mao Tse-tungs haben eben einen noch mächtigeren Verbündeten: das ist der Hunger. Die Furcht vor Hungersnot ist der große Werber für Mao Tses Armeen gewesen; der entscheidende Faktor im chinesischen Bürgerkrieg war die Strategie des Hungers.»

Die chinesische Revolution war so vor allem eine Agrarrevolution. Der britische Labourabgeordnete Donnelly, ein offenbar ziemlich weit rechts stehender Politiker, unterstrich es, nach einer Reise in China, letztthin sehr stark:

«Ehemals lebten und starben die Bauern von den Nahrungsmitteln, die sie auf Gütchen von durchschnittlich einer Neuntelsjuchart erzeugten. Ein Streich des Wetters konnte Tod bedeuten. Aber manche Grundherren besaßen viele Jucharten. Mao beabsichtigte darum, den Boden einzuziehen und ihn gleichmäßig an alle zu verteilen. Jetzt hat er es getan und den Umfang der Heimwesen mehr als verdreifacht. Auch 40 Millionen Pächtern mit Ertragsbeteiligung hat er ein starkes materielles Interesse an seinem Regime gegeben.»

Das Leben einer Bauernbevölkerung von 420 Millionen Menschen ist so in wenigen Jahren freier, reicher, hoffnungsvoller — überhaupt erst lebenswert und lebensfähig geworden. Die landwirtschaftliche Produktion ist schon jetzt merklich gehoben worden. Nimmt man die besten Erträge vor dem Krieg mit 100 an, so war — nach Anna Louise Strong

⁶ Stalin selbst hat (nach dem Buch «Tito speaks») von den Ratschlägen des Kreml an die chinesischen Kommunisten gesagt: «Die chinesischen Genossen waren hier in Moskau mit der Auffassung der sowjetischen Genossen einverstanden, gingen dann aber nach China zurück und handelten ganz anders. ... Wir müssen jetzt zugeben, daß wir im Fall Chinas im Unrecht waren.»

«Drei Jahre neues China» — im Jahre 1952 der Ertrag bei Getreide 109, Reis 114 (es konnte sogar nach Indien und Ceylon geliefert werden), Baumwolle 155, Tabak 294, Hanf 559.

Für Industriegüter war die Produktion (höchstes Vorkriegsergebnis = 100) im letzten Jahr: Kohle 90 (vor der Revolution 45), Roheisen 104 (vor drei Jahren noch erst 11), Stahlbarren 155, Zement 148, Baumwolltuch 161, Papier 234 (vor drei Jahren erst 90).

Chinas Außenhandel war schon 1951 der Menge und dem Gehalt nach der intensivste in seiner ganzen Geschichte; 1952 hat er an Umfang und Wert weiter zugenommen. Infolge der Boykottierung Chinas durch die Westmächte vollzieht sich Chinas Handel gegenwärtig zu etwa 70 Prozent mit dem Sowjetblock.

Die Löhne der gewerblichen und industriellen Arbeiter stehen heute rund 120 Prozent höher als 1949. Die Gewerkschaften zählen etwa 7 300 000 Mitglieder und stellen eine Macht im Wirtschaftsleben des Landes dar. Ihnen unterstehen Fabrikinspektion, Sozialversicherung, Arbeiterwohnungsbau und dergleichen; in der Regierung sind sie direkt vertreten.

Die Kaufkraft der Einkommen steigt jährlich um 25 Prozent. Im Jahr 1952 wurden um 159 Prozent mehr landwirtschaftliche Geräte gekauft als im Jahr zuvor; Baumwollwaren in der Mandschurei elfmal so viel als im Jahr 1947.

Besonders wichtig ist die umfassende Stromregulierung, haben doch die alljährlichen Überschwemmungen seit zweieinhalb Jahrtausenden jedesmal Opfer gefordert und Verheerungen angerichtet, denen gegenüber sich die jüngsten schweren Wasserschäden in Holland und England wie unbeträchtliche Kleinigkeiten ausnehmen. 20 Millionen Menschen haben in den letzten drei Jahren in China am Gewässerschutz gearbeitet und Erdbewegungen vorgenommen, die der Aushebung von zehn Panamakanälen oder 23 Suezkanälen gleichkommen. Die Verbauungen am Huaifluß allein sichern ein Gebiet mit 60 Millionen Einwohnern vor neuen Katastrophen⁷.

⁷ In einer für westeuropäische Gewerkschafter bestimmten Veröffentlichung der amerikanischen Propagandadienste in Deutschland lasen wir kürzlich: «In dem von Mao regierten China gehört die Sklavenarbeit ebenso zum Grundbestandteil des Regimes, wie es in Sowjetrußland der Fall ist. Nach Schätzungen der dem IBFG angeschlossenen Freien Chinesischen Gewerkschaftsvereinigung (die natürlich nicht in China selbst ihren Sitz haben kann. H. K.) befinden sich 18 Millionen chinesischer Zwangsarbeiter in mehr als 5000 besonderen Zwangsarbeitslagern.» Insbesondere seien die großen Kanal-, Straßen- und Dammbauten ganz oder zum größten Teil durch Sklavenarbeit geschaffen worden. Die Quellen, aus denen diese Angaben geschöpft sind, darunter Nachrichtenagenturen auf Formosa und im britischen Hongkong, sowie Mitteilungen aus der «Untergrundbewegung auf dem Festland», erscheinen aber derart unzuverlässig, daß ich die erwähnten Behauptungen, bessere Belehrung vorbehalten, nicht als Tatsachen nehmen kann. Sie stehen auch im Widerspruch mit dem, was man sonst, und zwar von glaubwürdigen Zeugen, über das neue China erfährt.

Auch die Eisenbahnen werden planmäßig ausgebaut. Bemerkenswert ist hier, daß (nach Owen Lattimore in der «Nation» vom 6. 12 1952) in absehbarer Zeit zu der einen jetzt bestehenden Bahnverbindung mit der Sowjetunion zwei weitere kommen sollen: durch die Mongolei und Zentralasien. Das wird das Wirtschaftsleben Chinas vielleicht entscheidend landeinwärts verlagern und Chinas Anschluß an den hochindustrialisierten Sowjetblock vorbereiten.

Wohlfahrtsstaat und Diktatur

Allzu bekannt, als daß wir es hier weiter belegen möchten, ist der gewaltige Aufschwung der Volksbildung im neuen China. 49 Millionen Kinder gehen jetzt in Primarschulen, mehr als doppelt soviel wie unter Tschiang Kai-schek. Die Mittelschulen zählen drei Millionen Schüler, die Hochschulen 218 000 Studenten (70 Prozent mehr als vor der Revolution). 35 Millionen Bauern und zwei Millionen Arbeiter haben im letzten Jahr Bildungskurse genommen.

Die Volksgesundheit wird womöglich noch stärker gefördert. 91 Prozent aller Bezirke haben jetzt Krankenstationen. Ein populärer «Gesundheitsfeldzug» hat erstaunliche Erfolge gebracht. Volkskrankheiten und Seuchen gehen rasch zurück. Die Typhustodesfälle haben sich um 60 Prozent vermindert; Pocken und Pest sind sozusagen verschwunden; kein Cholerafall ist seit drei Jahren gemeldet worden. Die Säuglingssterblichkeit ist um zwei Drittel zurückgegangen. Der Kampf gegen Infektionen, Fliegen und dergleichen wird mit beispieloser Leidenschaft geführt; Donnelly berichtet, wie es ihn zuerst amüsiert habe, als er einmal drei Chinesen einer einzigen Fliege nachlaufen sah. Liegt vielleicht hier ein Teil Erklärung für die Heftigkeit des Kampfes gegen den «Bakterienkrieg»? In den Rahmen des großen «Reinlichkeitsfeldzuges» paßt er jedenfalls ausgezeichnet hinein.

Aber sind nicht all diese wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge des neuen Chinas mit dem Diktaturregiment zu teuer erkauft? Es wäre mehr als oberflächlich, das anzunehmen. Zunächst: Die Regierung Tschiang Kai-scheks war — ohne die großen Leistungen des neuen Regimes — auch eine Diktatur, und wahrlich keine mildere; sie hat — im Bürgerkrieg, den sie verschuldete — jedenfalls unvergleichlich mehr Opfer gefordert als die Revolution in den drei Jahren ihres Bestandes. Sodann aber: In China fehlten — und fehlen weiter — die geistigen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Demokratie westlichen Stils. Und auch Westeuropa hat ja ein paar Jahrhunderte gebraucht, um seine bürgerlich-kapitalistische Demokratie zu entwickeln. Noch mehr: Westeuropa und Amerika, die ein Jahrhundert lang China ausbeutet und niedergehalten haben, tragen eine Hauptschuld daran, daß nicht rechtzeitig Verhältnisse in China geschaffen wurden, die das Aufkommen einer Demokratie im westlichen Sinn ermöglichten. Sie

haben darum kein Recht, sich jetzt zu beklagen, daß die Revolution in China mit den Mitteln der Diktatur vollzogen wird. Wir erinnern auch an das, was wir in dieser Rundschau von Bevan zitiert haben: Boykottierung Chinas durch das Ausland muß zu Diktatur im Innern führen — wie es auch in Rußland geschah.

Tatsache ist ferner, was schon vor zwei Jahren Sir Benegal Rau, der Vertreter Indiens bei den Vereinten Nationen, sagte: «Die derzeitige Pekinger Regierung ist die beste, die China seit Jahrhunderten gehabt hat.» («Time», Mai 1951.) Wie nie zuvor, herrschen nun Sicherheit und Ordnung im Reich der Mitte. Das mit dem alten Regime engstens verbundene Räuberunwesen ist verschwunden. Auch der bewaffnete Widerstand der Anhänger Tschiang Kai-Scheks ist gebrochen. Und zwar nicht durch die Erschießung von Millionen Antikommunisten, wie die westliche Propaganda behauptet; die Zahl der Hinrichtungen ist unvergleichlich niedriger. Der Amerikaner Hugh Hardyman, der am Asiatischen Friedenkongress in Peking teilnahm, schätzt sie auf nicht mehr als 2000.

Daß die eingefleischte, fast selbstverständlich gewordene tiefe Korruption in Regierung und Verwaltung, Justiz und Militär durch die diktatorisch gescholtene neue Regierung ausgerottet worden ist, bestätigen jedenfalls alle auch nur halbwegs sachlich urteilenden Zeugen der jüngsten Entwicklung in China. Und gleicherweise herrscht auch im privaten und wirtschaftlichen Leben eine Ehrlichkeit, wie sie nur in wenigen unserer gerühmten westlichen Demokratien zu finden ist. Daß Hotelgäste ihre Zimmer, Schränke und Koffer abschließen, das gibt es gar nicht mehr; und keinem Angestellten oder Fremden fällt es ein, zu stehlen oder zu schwindeln. Nicht die geringste Leistung der Regierung ist auch, daß sie Ordnung und Sauberkeit in die Staatsfinanzen gebracht hat; die chronische Defizitwirtschaft ist trotz dem Koreakrieg verschwunden.

Tatsache ist ferner — und sie ist für das neue China besonders kennzeichnend —, daß sehr im Gegenteil zum alten Regime das Volk in weitestem Maße zur Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten herangezogen wird und die Revolution recht eigentlich trägt. Gewiß ist mit dem ungeheuren Lerneifer, der die chinesischen Massen erfaßt hat, und namentlich mit den zahllosen Bildungs- und Schulungskursen, die in allen Teilen des Reiches ständig durchgeführt werden, auch viel freiwillige und unfreiwillige Gleichschaltung verbunden; das ist in dieser ganzen revolutionären Lage gar nicht anders möglich. Allein das chinesische Volk wächst eben dennoch in ein Selbstbewußtsein, einen Bürgersinn, eine Fähigkeit zur eigenen Initiative hinein, die vordem fast unbekannt waren. Und das ist ein wesentliches Stück jeder echten Demokratie — trotz Diktatur an zentraler Stelle. Die weitgehende Selbstverwaltung, die sich im neuen China entwickelt hat, vollzieht sich im übrigen auf allen Stufen des Gemeinschaftslebens, von den Straßenausschüssen über die Gemeinde- und Bezirksräte bis zu den Provinzialparlamenten.

ten und hinauf zum Volkskongreß, der auf Grund des allgemeinen Wahl- und Stimmrechts gewählt wird. Daraus ziehen nicht zuletzt auch die nationalen Minderheiten Nutzen, die, 40 Millionen Menschen umfassend, in etwa 130 autonomen Gebieten organisiert sind und ihre Angelegenheiten selbst ordnen.

Neuer Geist Es ist wirklich ein neuer Geist in den wimmelnden Millionenmassen vereidendeter Landproletarier und Kulis erwacht, die dem alten China sein Gepräge gegeben haben. Die feudale Gesellschaft hatte das Volk auch seelisch und sittlich verkümmern lassen. Dann pfropfte sich darauf der westliche Kapitalismus und Imperialismus, der das Übel voll machte und dem besten Geiste Chinas fremd, ja feind war. Und nun hat die Befreiung eingesetzt, die Menschwerdung des chinesischen Halbmilliardenvolkes. Nicht nur die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit Chinas wird mit Riesenschritten aufgeholt; noch gewaltiger ist das Werk der Emporhebung des chinesischen Menschen zu einem selbsttätigen, würdigen Persönlichkeitsleben, das jetzt im Gang ist.

Ganz gewiß ist der Kommunismus nicht das letzte Wort für China — so wenig wie für die anderen verkümmerten, vernachlässigten, von eigenen und fremden Herren ausgenützten Länder und Völker. Aber er ist durch die Schuld der «fortgeschrittenen» Völker auch in China unvermeidlich geworden. Er ist ein erster Durchbruch durch eine völlig unerträglich gewordene Starre des Gemeinschaftslebens, ein notwendiger Durchbruch, zu dem wir trotz allem freudig ja sagen müssen. Wir sind nicht blind für die Gefahren und Übel, die mit dieser Art Durchbruch verbunden sind, für die Gefahren und Übel der gewaltmäßigen Revolution so wenig wie für diejenigen der Industrialisierung, Technisierung, «Zivilisierung» und Modernisierung. Wir haben gerade genug von diesen «Greueln der Verwüstung» in unserem dekadenten Westen, um nicht innigst zu wünschen, daß ein Volk mit so alter und tiefer Kultur wie das chinesische davon so wenig wie nur möglich berührt werde. Aber es ist, so glauben wir sehen zu können, in China doch eine Kraft am Werke, die bewirken wird, daß sein Ausbruch aus dem Mittelalter nicht wie in Westeuropa zu jener kapitalistischen Vermassung, Materialisierung und Entseelung führt, die in dem Amerika unserer Tage ihren Höhepunkt erreicht hat. Chinas Revolution erfolgt aus dem Geist eines Sozialismus, der in seiner eigenen Volkskultur stärkste Antriebskräfte und Verbündete findet, ja der sich in wesentlichen Stücken mit dem Geiste der christlichen Botschaft berührt. Ein früherer baptistischer Missionar in Westchina, Dryden Phelps, hatte vielleicht nicht so unrecht, wenn er meinte: «Sie — die Revolutionäre des neuen Chinas — haben ohne Entschädigung das christliche Ideal enteignet, das wir seit Generationen gepredigt haben; im Westen will man davon eben meistens nichts wissen.»

Damit steht nicht im Widerspruch, daß die offizielle Philosophie der chinesischen Volksrepublik ein materialistischer Marxismus ist und die christlichen Gemeinden und die christliche Verkündigung in China jetzt schwere Zeiten haben. Denn auch das halten wir für erwiesen, daß, wie in anderen kommunistisch regierten Ländern, das christliche Bekenntnis nicht nur dann verfolgt wird, wenn es zur Stützung einer falschen, konservativen und gegenrevolutionären Gesellschaftsform missbraucht wird, sondern auch aus Grundsatz, wegen seiner Unvereinbarkeit mit einem wenn auch noch so idealistisch und humanistisch gefärbten Diesseitigkeitsglauben. Aber so beklagenswert das ist und so sehr sich damit auch die Revolution in China ihres gewaltigsten Bundesgenossen beraubt, so klar müssen wir verstehen, daß die Verantwortung dafür vor allem auf jenes Pseudochristentum fällt, das die «Heidenvölker», trotz so vieler treuer und echter Missionsarbeit, eben bis heute fast allein kennengelernt haben. «An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen. Jeder Baum, der nicht gute Frucht bringt, wird umgehauen und ins Feuer geworfen.» Aufgabe der Christen kann darum nicht die moralische oder materielle Unterstützung einer Chinapolitik sein, wie sie ein John Foster Dulles, dieser leitende Mann des amerikanischen Kirchchristentums, und mit ihm noch ein so großer Teil der «freien Welt» vertritt; unsere Aufgabe kann nur sein, nach Kräften wiedergutzumachen, was vom Westen an China gesündigt worden ist, und dadurch der chinesischen Revolution die stärksten und lebendigsten Kräfte zuführen zu helfen, die sie sich überhaupt wünschen kann. Emil Fuchs sagt es in seinem jüngsten Buch «Marxismus und Christentum» deutlich:

«Wir Christen müssen spüren, daß es eine schwere Schuld des Christentums gewesen ist, sich dem Ruf seines Gottes versagt zu haben, und daß es dafür von diesem Gott nun in die Ecke geschoben worden ist. Unchristliche Menschen treten das Erbe an und führen den göttlichen Auftrag weiter.

So gibt es nur einen Weg für uns, wenn wir die Wahrheit der neutestamentlichen Botschaft nicht gänzlich verleugnen wollen: Wir haben in einer bereitwilligen und demütigen Mithilfe an der Neugestaltung der Gesellschaft, die sich unter marxistischer Führung vollzieht, diese Schuld gutzumachen und den Beweis der Kraft zu führen, bis er wieder überzeugend wird.»

Dann mag auch in China ein neuer Durchbruch erfolgen, der über den jetzt geschehenen noch weit hinaus führt — der Durchbruch nicht nur zu einem unbewußt, halb und sogar falsch einen Auftrag Christi erfüllenden marxistischen Sozialismus, sondern zu einem bewußt erstrittenen mächtigen Sieg der Sache Christi und Gottes selber.

Nachschrift Seitdem unsere Weltrundschau abgeschlossen wurde, hat sich — entgegen unserer einleitenden Bemerkung — etwas ereignet, das, ohne gerade dramatische Form zu haben, die Politik der Westmächte vielleicht doch in eine andere Richtung lenken könnte. Wir meinen die Unterhausrede Winston Churchills (Sir Winston muß

man jetzt sagen) vom 11. Mai. Seine Kritik an der amerikanischen Verhandlungstaktik in Panmunjom, an der französischen Kriegsführung in Indochina, an der «Befreiungspolitik» der Regierung Eisenhower-Dulles, am politischen Betrieb in den Vereinigten Staaten und besonders sein Vorschlag, in Bälde eine Konferenz der obersten Führer der Westmächte mit denen des Ostblocks abzuhalten mit dem Ziel eines «neuen Locarno», das heißt wohl einer Gewährleistung des Friedens zwischen Deutschland und Rußland durch die beiden angelsächsischen Mächte — all das war zwar sehr vorsichtig formuliert und teilweise auch noch reichlich nebelhaft und widerspruchsvoll. Aber es hat genügt, um im amtlichen Amerika und in Adenauers Westdeutschland, aber auch in Frankreich und auf Formosa, viel böses Blut zu machen und eine Art Vertrauenskrise im Verhältnis zwischen London einerseits und Washington, Paris und Bonn anderseits heraufzubeschwören. Und wirklich: wenn Churchills Rede Folgen hat, wenn Großbritannien entschlossen und hellsichtig genug ist, um der amerikanischen Katastrophenpolitik in die Zügel zu fallen, wenn es zu einem Einschwenken der Westmächte auf die Linie der sowjetischen Entspannungspolitik kommen sollte — dann haben allerdings die Dulles' und McCarthy, die Adenauer, Tschiang Kai-Shek und Syngman Rhee ausgespielt. Dann ist es mit dem Kalten Krieg grundsätzlich zu Ende. Dann bricht der Friede aus.

Kein Wunder, daß namentlich die westdeutschen Revanchepolitiker ihre Kreise roh gestört sehen und das Schlimmste für ihre Ostpolitik fürchten — obschon Churchill, vielleicht zu ihrer Besänftigung, der deutschen Wiederaufrüstung und der Einbeziehung Westdeutschlands in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» seine weitere Unterstützung zugesagt hat. Hitler hat einmal in kritischer Lage — es war am 22. August 1939 — gesagt: «Ich habe nur Angst, daß mir im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.» Hat nicht Adenauer heute die gleiche Angst? Und mit ihm die ganze Bruderschaft der antikommunistischen Kreuzfahrer?

Sehr wahrscheinlich ist vorerst diese Angst unbegründet. Churchills Einsicht in die Lebensgefährlichkeit der amerikanischen Weltpolitik ist noch viel zu unklar, sein Wille, dieser Politik entgegenzutreten, noch viel zu schwach und halbherzig, um dem zu allem entschlossenen Draufgängertum der andern Seite und all den mächtigen Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen, die dahinter stehen, eine Niederlage bereiten zu können. Aber es heißt dennoch schon etwas, daß sich ein Churchill, wenn auch mit noch so viel Vorbehalten, die Kritik zu eigen zu machen begonnen hat, die bisher nur von einer im ganzen Westen — nicht zuletzt in unserer Schweiz — verfemten kleinen Minderheit an der offiziellen Politik der Westmächte geübt worden ist. Wir fangen an, hoffähig zu werden!

Churchill ist schwerlich der Mann — wenn er es auch vielleicht sein möchte —, der der Los-von-Amerika-Bewegung in Westeuropa zum

Durchbruch verhelfen wird. Das müssen viel stärkere, viel entschlossene Kräfte tun; das müssen — wir sagen es immer und immer wieder — die Völker Westeuropas selber tun. Aber daß das Licht, das den über der Welt lagernden Lügennebel durchbrechen muß, mit seinen ersten Strahlen nun bereits die höchste Stelle des konservativen Englands erreicht hat, das ist uns eine rechte Genugtuung und Freude. Es ist ein Hoffnungsschimmer in dunkler Nacht. Die Wahrheits- und Friedensmacht, die die Weltgeschichte lenkt, ist sichtbarlich am Werk. Aber sie braucht auch Menschen, die mit ihr arbeiten und ihr gehorchen!

16. Mai.

Hugo Kramer.

Muß der Westen seinen Lebensstandard senken?*

Des öfteren habe ich schon die sozialen Verbrechen geschildert, die im Laufe der Industrialisierung der Wirtschaft von den westlichen Völkern begangen wurden. Dieser Wirtschaftsform und den damit verbundenen Verbrechen für immer ein Ende zu bereiten: das wird eine der größten Aufgaben der nächsten Jahrzehnte sein. Mit der fortschreitenden Befriedung aller Völker muß jeder Nation der Anspruch auf eine eigene unabhängige Wirtschaftsführung gesichert werden und das Recht, eine selbstverantwortliche, organische Gesellschaft auf der Grundlage lebendiger Beziehungen und schöpferischer Wirkungsmöglichkeiten zu gestalten.

Diese Entwicklung muß der Ausgangspunkt für eine weitgehende soziale und geistige Revolution werden, in deren Verlauf eine tiefgreifende Änderung in den persönlichen und nationalen Ansprüchen auf Güter und Märkte Platz greifen muß. Erst als Folge können wir ein allmäßliches Auflösen jener Spannungen erwarten, die immer wieder zum Krieg führen.

Die Erhebung der unterdrückten Völker gegen die industrialisierte Wirtschaft des Westens ist heute überall in vollem Gange, und selbst Afrika hat erkannt, daß eine unabhängige Wirtschaft eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche und nationale Freiheit ist, ja daß es für jedes Volk eine tiefe Befriedigung und Quelle innerer Kraft bedeutet, wenn es für die lebensnotwendigen Güter selbst aufkommen kann.

Herabsetzung des westlichen Lebensstandards?

Die unvermeidliche Entwicklung führt notwendig zu einer Auseinandersetzung mit den neuen Wirtschaftsformen der Zukunft. Wir sollten

* Der Beitrag ist erstmals in dem indischen Blatte «Harijan» und dann in der Zeitschrift «Der Christ in der Welt», Wien 1952/53, Folge 4, erschienen. D. R.